

Das Land der versteckten Champions

Die Wirtschaft im Landkreis Görlitz hat sich von den tiefen Umbrüchen in den 1990er Jahren erholt. Wie es weitergeht, dafür ist auch die Landratswahl am 12. Juni wichtig.

VON MATTHIAS KLAUS
UND SEBASTIAN BEUTLER

Die Pla-to GmbH im Görlitzer Industrie- und Gewerbegebiet Hagenwerder ist eine vergleichsweise kleine Firma. Doch das Team um Geschäftsführer Heinz Schnettler hat etwas zu bieten, was in der Rohstoffwirtschaft gefragt ist: Die Firma stellt Maschinen her, um Kunststoff-Verpackungen wiederzuverwerten. In diesem Jahr sind die Bücher gut gefüllt, der größte Kunde in Großbritannien hält trotz Brexit die Treue. Damit auch im nächsten Jahr das Unternehmen gut zu tun hat, weilte jetzt Schnettler in dieser Woche in München auf der IFAT – der Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft, wie die Ausstellungsmacher ganz bescheiden betonen. Und dann produziert die Pla-to GmbH auch noch an einer Stelle, wo früher ein Braunkohlekraftwerk stand. Im Grunde steht die Pla-to GmbH für eine Entwicklung, die die Wirtschaft im Landkreis Görlitz in den vergangenen Jahren genommen hat. Nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft in den 1990er Jahren mit Firmensterben, hoher Arbeitslosigkeit und geringen Perspektiven hat sich eine mittelständische Wirtschaft entwickelt, die auf ihren Gebieten nicht selten den Weltmarkt anführen. Der Funkspezialist Digades in Zittau ist so ein Beispiel, ULT in Löbau mit seinen Absauganlagen ein weiteres oder Skan mit seinen Reinraumanlagen für die Pharmazie oder die Keulahütte in Krauschwitz als großes Druckgießunternehmen.

Doch viele wissen nichts davon – schon im Kreis selbst ist das schwierig, darüber hinaus noch viel mehr. Hartnäckig hält sich statt dessen die Erzählung vom Armenhaus Deutschlands und dem Niedriglohngebiet, der fehlenden Kaufkraft. Und das ist auch nicht von der Hand zu weisen. Großunternehmen wie Alstom oder Siemens, der Waggonbau sowie der Stahlbau in Niesky sind immer wieder gefährdet und müssen sich neu erfinden, auch gibt es Pleiten wie bei der Waggonbau-Ausgründung BSG Components oder bei dem Zittauer Autozulieferer MS Powertec, die wieder Zweifel wecken. Und dann steht mit dem Kohleausstieg bis 2038 schon der nächste Strukturwandel ins Haus. Da kommt vielen das Zukunftsvertrauen abhanden. Darauf wies zuletzt auch der Lausitz-Monitor hin. Doch er zeigte auch eine interessante Diskrepanz. Für ihre persönliche Zukunft waren die Befragten weitaus optimistischer gestimmt als für die der gesamten Region. Könnte also die Lage besser sein als die Stimmung?

Felix Breitenstein kann mit guten Zahlen aufwarten. Die Zahl der Menschen im Kreis, deren Einkommen nicht zur Deckung des Lebensunterhalts ausreicht, die also auf Unterstützung angewiesen sind, sinkt weiter. Seit März 2020 geht die Kurve nach unten, so der Leiter des Jobcenters Görlitz. Mittlerweile lag die Zahl im April mit 12.404 Fällen unter dem Durchschnitt aller sächsischen Jobcenter, eine Veränderung gegenüber dem April 2021 um minus 1.114. Im April waren im Landkreis 9.060 Menschen als arbeitslos gemeldet. Im Ver-



Heinz Schnettler ist mit seiner Firma Pla-to GmbH in Görlitz sehr erfolgreich. Foto: Pawel Sosnowski

gleich zum Vorjahresmonat ein Rückgang um 1.139. Die Arbeitslosenquote liegt bei 7,4 Prozent, nicht ganz ein Prozent weniger als im April 2021. Felix Breitenstein hat einen Erklärungsansatz für diese Entwicklung. Im Kreis Görlitz gebe es viele klein- und mittelständische Unternehmen, die schneller auf Veränderungen reagieren können. Das betrifft allerdings nicht nur den Landkreis, sondern ganz Sachsen. Nahezu alle Unternehmen im Freistaat sind kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 249 Beschäftigten, heißt es vom Statistischen Landesamt in Kamenz. Fest steht: Im April wurden der Arbeitsagentur 1.889 offene Stellen von Betrieben im Kreis Görlitz gemeldet. Das sind 388 mehr als im April vergangenen Jahres. Gleichzeitig sank die Zahl der Unterbeschäftigten – Kurzarbeit nicht eingerechnet.

Wie sehen nun wiederum die Unternehmen im Landkreis die Situation? Das Landratsamt hat gemeinsam mit dem Jobcenter Görlitz und der Eno, der Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz, eine Umfrage gestartet. Das Ergebnis ist allerdings mit Vorsicht zu genießen.



4.665 Fragenbögen wurden insgesamt rausgeschickt. Nur von sieben Prozent gab es eine Rückmeldung, die meisten noch mit neun Prozent aus dem Raum Niesky, die wenigsten aus dem Raum Löbau mit fünf Prozent. Vor allem Dienstleister, unter anderem Friseure, Vereine und kirchliche Einrichtungen reagierten eher zurückhaltend auf die Fragen. Zwar mag die Umfrage nun nicht sonderlich repräsentativ erscheinen, aber sie bildet doch in etwa einen Trend ab, wie es um die Wirtschaft im Landkreis Görlitz bestellt ist. Beispiel Überalterung in den Unternehmen: 2018 hatten in einer Befragung noch 58 Prozent der Firmen angegeben, dass sie mit altersbedingtem Personalverlust rechnen, 2022 waren es 46 Prozent. Ein Problem, das offensichtlich vor allem den Norden des Kreises betrifft. Im Raum Weißwasser und Niesky liegen die Zahlen über dem kreisweiten Durchschnitt, in Görlitz mit 38 Prozent deutlich darunter. Bis zum Jahr 2030, so

gab die Bundesagentur für Arbeit in Bautzen an, geht die arbeitsfähige Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren um 15,3 Prozent zurück. Das sind 49.000 Menschen in den Kreisen Bautzen und Görlitz. Schon jetzt ist mehr als jeder zweite (58 Prozent) Angestellte im Bergbau über 50 Jahre alt. Bei den Lehrern in den Schulen (56 Prozent), in den Verwaltungen (50 Prozent) sowie bei den Ver- und Entsorgungsfirmen (49 Prozent) sieht es nur unweigerlich besser aus. Vielleicht will auch deswegen über die Hälfte der Betriebe, 54 Prozent, in den kommenden zwei Jahren kein neues Personal, etwa nach Investitionen, einstellen. Dazu kommen Probleme, offene Ausbildungsplätze zu besetzen. Laut aktueller Umfrage schaffte das mit 53 Prozent reichlich die Hälfte der Betriebe. 2018 waren es noch 67 Prozent.

Strukturwandel bestimmt Zukunft

Vor diesem Hintergrund richtet sich die Wirtschaft im Landkreis Görlitz auf den Strukturwandel ein. 2019 einigten sich Politik, Wirtschaft und Verbände, dass in Boxberg mit dem Abschalten des letzten Blockes 2038 die Zeit der Kohleverstromung in Deutschland zu Ende geht. 8.000 Arbeitsplätze fallen direkt in Tagebauen und Kraftwerken weg, weitere 16.000 Arbeitsplätze sind bei Zulieferern gefährdet. Seitdem sind verschiedene Programme aufgelegt worden, dessen wichtigste die 40 Milliarden Euro sind, mit denen der Ausstieg in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen abgedeckt werden soll. Zwar gibt es viel Kritik an den kommunalen Strukturwandel-Projekten, die die Begleitausschüsse billigen. Zu wenig Arbeitsplätze, zu viel Konsum. Doch bilden sie nur einen kleineren Teil der Mittel, die in die Region fließen.

Für die Oberlausitz am wichtigsten sind die Infrastrukturprojekte wie der Ausbau der A 4 zwischen Dresden und Görlitz, die Elektrifizierung der Bahnstrecke nach Dresden und der Ausbau der Strecke Berlin-Görlitz auf Schnellzug-Niveau. Ebenso wichtig ist die Ansiedlung eines Großforschungszentrums in Görlitz. Schon zuvor sind zahlreiche Forschungszentren in die Region gekommen, ob es das Casus in Görlitz ist, das sich mit großen Datenmengen beschäftigt, oder die zahlreichen Fraunhofer-Zentren in Zittau, Görlitz und Cottbus, die sich um Leichtbau, weniger Kohlendi-

oxid oder neue Antriebe für Fahrzeuge kümmern. Ihr gemeinsames Ziel es ist, neben erstklassiger Forschung auch den Unternehmen in der Region bei der Entwicklung neuer Produkte zur Seite zu stehen. Denn das ist ja bislang das Problem: Die Firmen sind zu oft noch verlängerte Werkbänke ohne eigene Forschung und Entwicklung. Jetzt sollen sie mit diesem zusätzlichen Anschlag neue Produkte entwickeln, um höhere Preise an den Märkten durchzusetzen, anschließend höhere Löhne ihren Mitarbeitern bezahlen und damit die Kaufkraft in der Region erhöhen. Immer wieder wird dabei auf das Beispiel Bayern verwiesen: Das Bundesland war vor 70 Jahren ein rückständiges Agrarland, bevor es durch Forschung und die Autoindustrie zu einem der wohlhabendsten in Deutschland wurde.

Und gerade für den nördlichen Landkreis sind auch die Entwicklungen in Cottbus wichtig. Nicht nur die Leag in Boxberg entwickelt neue Produkte und Technologien, um den Standort auch nach der Kohle fortzuführen. In Cottbus investiert die Deutsche Bahn in ein neues Instandhaltungswerk für ICE4-Züge, der erste Spatenstich wurde bereits vollzogen, bis 2024 will die Deutsche Bahn in Cottbus 500 neue Mitarbeiter beschäftigen, insgesamt sollen in dem neuen Werk einmal 1.200 neue Industriearbeitsplätze und Ausbildungsplätze entstehen. Weitere Milliarden fließen in den Ausbau des Cottbuser Carl-Thiem-Klinikums zu einem Universitätsklinikum. Ab dem Wintersemester 2026/27 sollen hier die ersten Medizin-Studenten immatrikuliert sein – auch das soll helfen, künftige Ärzte für die Lausitz zu interessieren.

In Niesky liegen die Hoffnungen auf einer Teststrecke für neue Schienenfahrzeuge. Während das sächsische Wirtschaftsministerium nach einem privaten Investor sucht, ist der Linkspartei dieses Vorhaben so wichtig, dass sie notfalls auch eine staatliche Investition ins Spiel gebracht hat.

Wenn noch mehr Unternehmen für den Landkreis Görlitz interessiert werden sollen, wäre es sicher nicht abträglich, wenn sich herumsprechen würde, was in der Unternehmensumfrage die Firmenchefs ebenfalls sagten: 91 Prozent der Unternehmen beantworten die Frage, ob sie den Standort weiterempfehlen würden, mit „Ja“ bzw. „Ja, mit Einschränkungen“. 2018 waren es noch 84 Prozent.

Das sagen die Kandidaten zum Thema

Stephan Meyer (CDU)

Ich möchte die Wirtschaftsförderung branchen- und technologieoffen zur Chefsache machen und dazu eine Stabsstelle Wirtschaftsförderung mit einem Unternehmenslotsen beim Landrat einrichten. Gemeinsam mit den Kommunen möchte ich mit unserer Flächengesellschaft und dem Regionalen Planungsverband Erweiterungsflächen für Industrie, Gewerbe und Wohnbebauung entwickeln. Zur gezielten Fachkräftebindung – und Entwicklung soll ein „Willkommenszentrum für Fachkräfte“ als Anlaufstelle für in- und ausländische Fachkräfte beitragen. Im Bereich des Tourismus soll ein regionales Tourismuskonzept mit den Destinationen für längere Aufenthalte in der Oberlausitz erarbeitet und umgesetzt werden.

Sebastian Wippel (AfD)

Wirtschaftsförderung muss Chefsache sein, deshalb möchte ich die Kreisentwicklung direkt bei mir anbinden. Die Verwaltung muss das Unternehmertum ermöglichen. Die Wirtschaftsförderer der Gemeinden müssen zusammenarbeiten. Zudem brauchen wir in Autobahnnahe Industriegebiete, wo Unternehmen arbeiten können, neben denen man nicht wohnen möchte. Die finanzielle Wirtschaftsförderung wird dem Landkreis nicht möglich sein, aber wir können helfen, Bescheide zügig zu erstellen und auf Fördermöglichkeiten hinzuweisen. Wenn es gelingt aus der Hochschule Zittau/Görlitz eine Technische Universität zu machen, werden wir als Region bekannter und bekommen Köpfe, die aus ihrer Forschung stärker in die unternehmerische Tätigkeit gehen. All das zusammen wird dafür sorgen, dass wir die Unternehmen stärken, die seit vielen Jahren ansässig sind.

Kristin Schütz (FDP)

Der Kreis ist sehr stark von der mittelständischen Wirtschaft geprägt. Daher sehe ich diese als Teil der Lösung. Speziell für Unternehmen, die von den Transformationsprozessen in Folge von Kohleausstieg und Elektromobilität betroffen sind, wollen wir Freie Demokraten eine direkte Förderung von Unternehmen zum Zwecke der Innovation und Produktentwicklung. Ziel ist die Sicherung und Schaffung wertschöpfender Arbeitsplätze. Dabei muss die Strategie in der Unterstützung der bestehenden Unternehmen und der Bewerbung der Region auf allen Ebenen sein, um als attraktiver Wirtschaftsstandort für Neuansiedlungen wahrgenommen zu werden, der kulturreich, lebenswert, grün und weltoffen ist. Dazu gehört, dass ausländische, nicht-akademische Berufsabschlüsse ein schnelleres Anerkennungsverfahren erhalten. Der Stolz auf unsere traditionsreiche Unternehmenskultur muss dabei von einer fitten und innovativen Verwaltung flankiert werden, die nicht als „Bremse“ auftritt, sondern mit der Wirtschaft Schritt hält und ihre Dienstleistungsaufgaben wahrnimmt. Und auch die Vereine und Verbände müssen eingebunden werden, damit klar wird: Erst muss das Geld verdient werden, bevor es ausgegeben wird! Ein sich ergeben in die Abhängigkeit von Transferleistungen wird es mit mir nicht geben. Nichtsdestotrotz gilt es, die mit dem Kohleausstiegsgesetz verbundenen und gesetzlich zugesagten Mittel für unsere Region in weitreichende, zukunftsorientierte Projekte zu investieren, die vor Ort mitbestimmt werden.